

DIE ERSTEN FRÜCHTE DER ENGLISCHEN GOLDWÄHRUNG

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Die Währungserörterungen, die Mr. Churchill's erstem Haushaltsplan vor einem Jahr vorangingen, erstreckten sich auf zwei verschiedene Fragen, nämlich ob Gold die beste verfügbare objektive Grundlage für unser Geld ist, und ob es weise sei, unsere bestehende Währung zu einer Parität ans Gold zu fesseln, die etwa 10 % höher war als das Niveau, auf das sich Löhne, Lebenshaltungskosten und Rohstoff-Großhandelspreise damals eingespielt hatten. Die erste Frage stellt ein Problem auf lange Sicht dar, das wahrscheinlich nicht in wenigen Jahren gelöst werden wird. Die zweite betraf eine unmittelbar praktische Entscheidung. Daher war es die zweite Frage, die ich und die meisten anderen schon im Anfang des vergangenen Jahres lebhaft diskutierten. Sie ist, nach der Erfahrung eines Jahres, auch Gegenstand des vorliegenden Aufsatzes.

Es sei mir gestattet, den Leser an die Richtung der Argumente vom letzten Jahr zu erinnern. Wenn alle Transaktionen, die in Geld auszudrücken sind, zu gleicher Zeit um 10 % verändert werden könnten, so würde kein Schade entstehen. Aber in der Praxis, lautete das Argument, ereignet sich das nicht so. Einige Preise als typisches Beispiel nenne ich, die Großhandelspreise für Rohstoffe, die Gegenstände des internationalen Handels werden, passen sich rapide an. Andere, als typisches Beispiel hierfür nenne ich die Lebenshaltungskosten, sind zäher und bewegen sich langsamer. Andere, wie die Löhne, sind noch zäher. Andere, wie die Zinsen auf die Staatsschuld und eine Reihe weiterer Haushaltsverpflichtungen, die vertraglich festgelegt und nur durch etwas wie Repudiation veränderbar sind, sind überhaupt nicht beweglich. Die schlimmen Folgen ergeben sich aus diesen verschiedenen Graden der Anpassung und aus der Tatsache, daß es außerordentlich schwer ist, die langsamer beweglichen schneller anzupassen außer durch Deflation oder Repudiationsmethoden, die in anderer Hinsicht zu beanstanden sind. Bevor die Anpassung vollkommen ist, wird der britische Exporthandel, der auf einer Preisbasis produziert und auf anderer verkauft, in ernstliche Depression geraten und die Arbeitslosigkeit wird erschwert werden; während andererseits, wenn die Anpassung vollzogen ist, das Haushaltsproblem dauernd schwieriger werden würde, denn, ausgedrückt in Geld, werden die Einnahmen sinken, während viele Ausgaben festgelegt sind. Im letzten Jahr hob ich besonders die Schwierigkeit, die Nominallöhne zu reduzieren, und die dauernde Vergrößerung des Gewichts der öffentlichen Schuld hervor.

Wie sehen diese Argumente nach dem Verlauf eines Jahres aus? Die Großhandelspreise sind um 13 % gefallen, die Lebenshaltungskosten um 4 %, die Löhne in Geld um weniger als 1 %. Inzwischen sind die Großhandelspreise in den Vereinigten Staaten um 6 % gefallen. Also sind die entsprechenden Großhandelspreise so, wie sie je fallen mußten, um den größeren Teil des Betrages gefallen, um den sich der Wechselkurs gehoben hat; die Lebenshaltungskosten sind zäher gewesen; und die Geldlöhne sind gar noch widerspenstiger gewesen, als man erwartet hätte, da sie kaum sich überhaupt bewegt

haben. So hatten britische Exporteure zu niedrigerem Preis, gemessen am Pfund, zu verkaufen, während viele ihrer Unkosten, vor allem die Löhne, nur sehr wenig gefallen sind. Obwohl, da die Anpassungen noch nicht vollendet sind, die volle Last erst in der Zukunft das Budget treffen wird, zeigt gleichzeitig das Staatseinkommen nicht die Elastizität, die ein stabiles Preisniveau, der normale Fortschritt und die normale Bevölkerungsentwicklung natürlich ergeben würde.

Die indirekten Ergebnisse sind gleichfalls genau so gewesen, wie sie notwendigerweise sein mußten. In einem Jahr, in dem die Produktionstätigkeit der Vereinigten Staaten Rekorde früherer Jahre übertroffen hat, haben wir eine Million Arbeitsloser und all das Elend einer Stockung gehabt. Die Exportindustrie, deren größter Unkostenbestandteil Löhne sind, nämlich die Kohlenindustrie, ist an den Rand des Ruins gebracht. Englands größte Exportindustrie, nämlich Baumwolle, ist, trotz der Billigkeit des Rohmaterials, infolge ihrer Verluste der Verzweigung nahe, wenn sie sich auch mehr auf sich selbst verläßt als die Kohlenindustrie. Schiffbau wird kaum mehr getrieben. Eisen und Stahl konnten gerade aufrecht erhalten werden mit Hilfe der Subsidien für Kohle. Die Resultate sind so, wie ich sie vor einem Jahr befürchtete, aber schlimmer, als ich damals zu prophezeien wagte oder prophezeien mochte.

Unterdessen hat die Regierung, ohne genügend Mut oder Voraussicht, um den vollen Wirkungen ihrer Politik ins Auge zu sehen, den Anpassungsprozeß eher aufzuhalten als zu beschleunigen gesucht. Die Kohlensubvention hat keinen anderen Zweck, als den schlimmsten Zeitpunkt zu verschieben. Die Deflationspolitik der Bank von England war entschlossen genug, um die Arbeitslosigkeit zu vergrößern, und wirksam genug, um die internationale Zahlungsbilanz auszugleichen dadurch, daß fremde Guthaben nach London gezogen wurden; aber nicht entschlossen genug, um die Übergangsperiode zu beenden oder die schwierigeren Anpassungen zu bewirken. In kurzer Zeit sind die lebhaften Hoffnungen der leßtjährigen Optimisten verschwunden.

Mr. Churchill konnte kaum ganz vermeiden, den Tatbestand in seiner diesjährigen Budgetrede zu erwähnen, was er wahrscheinlich vorgezogen haben würde. Aber ich erlaube mir zu denken, daß das Kaliber seiner Verteidigung nicht seines Amtes würdig war. Er erwähnte nicht den einen gediegenen Vorteil, den meines Erachtens die Goldparität eingebracht hat, nämlich die Verbesserung von Londons Stellung als eines Zentrums zur Haltung internationaler Guthaben; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auswärtige Finanzzentren bereitwilliger ihre Überschüsse in London deponieren als vor der Rückkehr zum Gold. Mr. Churchills Verteidigung begann mit der Angabe, daß die Dollars, die wir den Vereinigten Staaten für unsere Käufe und unsere Schulden zu zahlen verpflichtet sind, eine kleinere Zahl in Pfunden ausmachen, als wenn der Dollarwert in Pfunden geringer wäre -- was tatsächlich eine arithmetische Gewißheit ist -- und wir daher die Differenz „erspart“ hätten! Mr. Churchill vergißt, daß wir einen

gleichen Prozentsatz bei allen unseren Exporten „verloren“ haben.

Diesem Kleinod läßt er die Bemerkung folgen, daß die Anpassungen an die internationalen Preisniveaus vollendet worden sind — womit er wahrscheinlich meint, daß die Preise von Exportkohle und anderen Gegenständen des internationalen Handels in Sterling auf die neue Sterlingparität mit dem internationalen Preisstand gefallen sind. Die arme Einfalt, die glaubt, das sei die Anpassung gewesen, die wir als schwer erzielbar fürchten! Die vorausgesagte Störung war natürlich dem Umstand zuzuschreiben, daß der Sterlingpreis der Exportkohle rapide fallen würde, während die Sterlinglöhne der Bergarbeiter, wenn überhaupt, viel zögernder fallen würden. Dies war das Problem der Anpassung. Mr. Churchill weist triumphierend auf den Preisfall der Exportkohle (und ähnlich von anderen Rohstoffen) hin als einen Beweis, daß das Anpassungsproblem im

Kohlenhandel nun vollends gelöst sei! Wie kann es möglich sein, daß jemand, der so wenig von dem weiß, worüber er spricht, unsere Sache weise führen kann? Denn Englands wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten sind ein Erzeugnis der eigenen Regierung. Es gibt keinen Grund, warum es bei einer anderen Politik sich nicht jetzt eines schönen Maßes von Wohlstand erfreuen sollte.

Die beiden obigen Trugschlüsse sind klar dargelegt worden von Mr. Pethick Lawrence im Laufe der Budgetdebatte. Mr. Churchill hatte Gelegenheit, zu antworten. Er hat sie nicht ergriffen.

Der Wirtschaftsfeldzug gegen soziale Betätigungen, das Budgetproblem, die fortgesetzte Depression am Arbeitsmarkt, die Verluste in den Exportindustrien, die letzte Verschlimmerung in der Kohlenfrage, die sie anscheinend unlösbar gemacht haben, das sind die ersten Früchte der Goldparität.

VÖLKERBUND UND WIRTSCHAFT

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES VÖLKERBUNDES AUF DEM GEBIETE DER WIRTSCHAFT

Von Dr. Hans Adolf Harder (Hamburg)

Der Völkerbund ist als ein Instrument der reinen Politik gegründet worden. In seiner Satzung findet sich erst kurz vor dem Schluß an versteckter Stelle inmitten von humanitären Zielsetzungen eine Bestimmung über die Aufgabe des Völkerbundes auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Absatz e) des Artikels 23 auferlegt den Bundesmitgliedern die Pflicht, unter Vorbehalt der schon bestehenden Verträge, also unter Vorbehalt der in den Verträgen von Versailles, St. Germain usw. zuungunsten der Mittelmächte erfolgten Regelungen, und unter Vorbehalt der noch abzuschließenden Verträge, Anordnungen zu treffen, „um die Freiheit des Verkehrs und der Durchfuhr sowie die gerechte Regelung des Handels aller Bundesmitglieder zu gewährleisten und aufrecht zu erhalten mit der Maßgabe, daß die besonderen Bedürfnisse der während des Krieges 1914/1918 verwüsteten Gegenden berücksichtigt werden sollen“. Diese Verpflichtung ist praktisch nichtssagend und für die beteiligten Regierungen unverbindlich. Wenn der Völkerbund trotzdem als Regler der Wirtschaft tätig geworden ist und hier in der Stille mancherlei geleistet hat, dessen Bedeutung durch das im Vordergrund stehende politische Interesse häufig unterschätzt worden ist, so haben sich eben praktische Notwendigkeiten stärker erwiesen als die Pariser Konstruktionen der Staatsmänner von 1919. Man wird heute sagen können, daß im ganzen die technische Arbeit des Völkerbundes, mag man hierbei an die Wirksamkeit des Internationalen Arbeitsamtes oder des Ständigen Internationalen Gerichtshofes, an die Tätigkeit auf humanitärem oder wirtschaftlichem Gebiet denken, erfreulicher — weil erfolgreicher — ist als die große Politik im Völkerbunde. Ein Überblick über die bisherige Tätigkeit des Völkerbundes auf wirtschaftlichem Gebiet mag diese Behauptung zunächst in dieser einen Hinsicht erhärten.

1. Regelung von allgemeinen Wirtschafts- und Finanzfragen.

Zur Ergänzung und Beratung der beiden Organe des Völkerbundes, der Versammlung und des Rats, sind

Sachverständigenausschüsse geschaffen worden, deren Mitglieder vom Rat berufen und keiner einzelnen Regierung verantwortlich sind. Der sicherlich richtige Gedanke, Fragen der Wirtschaft, der Technik und des Rechts Sachverständigen vorzulegen, der die Bildung dieser Ausschüsse veranlaßte, führte auch zur Einberufung der Brüsseler Finanzkonferenz durch den Völkerbundrat. Auf dieser Konferenz, die schon drei Monate vor der ersten Versammlung des Völkerbundes, vom 24. September bis 8. Oktober 1919, stattfand, war eine erlesene Zahl von Finanzsachverständigen, Bankiers und Beamten, versammelt. Die ihnen gestellte Aufgabe war aber zweifach abgegrenzt: Finanzfragen standen zur Debatte, wo es sich um Wirtschaftsfragen gehandelt hätte, politische Fragen waren ausgeschlossen worden, obgleich die Frage der deutschen Reparationen so dringend der Lösung harrte. Die Konferenz brachte daher den kapitalarm gewordenen Staaten Europas weder amerikanisches oder englisches Geld, noch die Befreiung von der Last der übergroßen Rüstungsausgaben. Man diskutierte Grundsätze für den Ausgleich der Budgets, die, obgleich lange bekannt, hier von autoritativer Seite als Ausweg aus der Klemme verkündet wurden. Man erklärte sich gegen staatliche Eingriffe und für das freie Spiel der Kräfte. Die Meinung der Sachverständigen fand jedoch nicht Eingang in die große Politik. Es machte sich zwar auf der Konferenz eine gewisse Bereinigung der Atmosphäre geltend, wodurch immerhin sachliche Fragen sachlich behandelt werden konnten. Aber unmittelbar praktische Ergebnisse waren an die Konferenz nicht geknüpft.

Die Brüsseler Konferenz hat bisher noch keine Wiederholung gefunden. Die Konferenz von Genua im Jahre 1922 ist vom Obersten Rat ohne den Völkerbund einberufen worden. Die nächste Veranstaltung dieser Art, wengleich in außerordentlich viel weiterem Rahmen, soll die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz werden, deren Plan der Völkerbundversammlung am 10. September 1925 von Loucheur unter-